Morgen-Ausgabe
mit Bilder-Chronik

Preis 50 Pfg.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Mittwoch, 28 Dezember 1921

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal mit folgenden Beilagen bezw. Sonderspalten in den Morgen-Ausgaben Sonntags Bilder-Chronik, Unterhaltung — Lehren und Lernen — Sport, Kraft und Stoff, Weltverkehr, Reisen und Wandern Dienstags Unterhaltung — Wirtschaft und Recht — Sport Mittwochs Bilder-Chronik, Unterhaltung — Frau und Welt — Sport Donnerstags Unterhaltung — Lehren und Lernen — Sport Freitags: Bilder-Chronik, Unterhaltung — Wirtschaft und Recht — Sport Sonnabends Unterhaltung — Frau und Welt — Sport

Schriftleitung Berlin SW 48 Wilhelmstraße 30-32 Fernspr. Nollendorf 4783-88. Geschäftsstelle Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32 Fernspr. Nollendorf 5980-88 Postscheck Berlin Nr. 107941

Bezugspreis monatlich ℳ 18,—, morgens und abends frei ins Haus. Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, auswärts bei der Post. In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückgabe des Entgelts. Anzeigen werden ohne Gewähr für Aufnahme in einer bestimmten (Morgen- oder Abend-)Ausgabe entgegengenommen zum Tagespreise von ℳ 4.— für die 33 mm breite mm-Zeile im Anzeigenteil, bzw. ℳ 12,— für die 67 mm breite mm-Zeile im Reklameteil. Anzeigen in den illustrierten Beilagen werden nach besonderem Tarif berechnet.

60. Jahrg. Nr. 597 A 225

Tages-Spiegel.

Gestern fanden Verhandlungen zwischen der Regierung und den Eisenbahnerverbänden statt. Sie sollen heute fortgesetzt werden.

*

Gegen Verpfändung der kaiserlichen Gobelins soll Oesterreich englische Kredite zur Sicherstellung der Ernährung erhalten.

*

In Sebenico (Südslawien) kam es am ersten Weihnachtsfeiertag zu Zusammenstößen zwischen italienischen Matrosen und der Bevölkerung.

*

Neben dem Handelsvertrag mit Sowjetrußland unterzeichnete Italien ein Abkommen mit der Sowjetukraine.

*

Unter den Opfern der Aufruhrbewegung in Alexandrien soll sich der frühere österreichische Erzherzog Johann Orth befinden.

Danzigs Polonisierung.

Zielbewußt und rücksichtslos verfolgt der polnische Staat eine Politik der Polonisierung Danzigs. Wie alle neuerstandenen Mächte, denen das natürliche Fundament einer Expansionspolitik, nämlich die wirtschaftliche Produktivität, fehlt, betreten die Polen, unterstützt von ihren in dieser Beziehung sehr ähnlichen Bundesgenossen, den Franzosen, den Weg des militaristischen Imperialismus. Die französisch-polnischen Pläne, aus Danzig einen Marinestützpunkt zu machen, nehmen immer festere Gestalt an.

Die Bestrebungen des polnischen Staates zielen zunächst auf den Erwerb der Tankanlage in Neufahrwasser. Es ist sehr verständlich, wenn die rein deutsche Danziger Bevölkerung sich sowohl aus wirtschaftlichen wie politischen Erwägungen hiergegen mit aller Kraft sträubt. Die wesentliche Einnahmequelle, die sonst dem Danziger Hafenausschuß und damit der Weiterentwicklung des Danziger Hafens zugute kommt, würde versiegen und etwaige Einnahmen würden irgendwelchen polnischen Staatszwecken nutzbar gemacht werden. Es ist selbstverständlich, daß die Tanks im Besitz der polnischen Regierung, in einem etwaigen Kriege von polnischen und französischen Seestreitkräften benutzt würden. Schon jetzt würden, ganz im Gegensatz zu den Genfer Beschlüssen, nach denen im Danziger Hafen keine Marinebasis bestehen soll, Mobilmachungsvorbereitungen getroffen werden, wie es das Beispiel des in Danzig liegenden französischen Tankdampfers „Durance" beweist. Munition und Kriegsmaterial, wozu das Oel zu rechnen ist, dürfen wohl durch den Danziger Hafen durchgeführt werden, aber nicht für fest lagern; für die vorübergehende, aber nicht dauernde Lagerung von Kriegsmaterial sind dem polnischen Staat eigene Plätze einzuräumen.

Ferner versuchen die Polen mit allen Mitteln ein Lager für andere Kriegsmaterialien in Danzig einzurichten. Dieses Kriegsmateriallager soll ebenso wie die Tankanlage in Neufahrwasser für den Marinestützpunkt Verwendung finden.

Auch sonst setzen sich die Polen rücksichtslos über die internationalen Abmachungen hinweg. So wird z. B. die gefährlichste Sprengmunition mitten im Hafen am Kai entladen. Der Ruf des Danziger Hafens muß darunter leiden. Die Versicherungsprämien müssen unter solchen Umständen steigen, und der Danziger Hafen gerät in die Gefahr, mehr und mehr gemieden zu werden. Es muß auch vom deutschen Standpunkt schärfster Protest gegen ein Verfahren eingelegt werden, das zu den Sicherheitsmaßnahmen anderer größerer Häfen im schroffen Widerspruche steht; denn der deutsche Anteil der Danziger Seeschiffahrt ist immer noch am größten; die deutschen Reedereien sind also die am meisten Betroffenen.

Noch andere Anzeichen sprechen für rücksichtslose Polonisierungsbestrebungen. Große Grundstücke in der Nähe des Hafens, und namentlich in Neufahrwasser, sind in die Hände von Polen übergegangen. Die Polen fangen auch an, allmählich die Aktien der Weichsel A.-G., einer Binnenschiffahrtsgesellschaft, die den Verkehr im Hafen und zwischen den Orten an der Danziger Bucht (z. B. Zoppot) mit Danzig aufrechterhält, aufzukaufen. Infolge dieser Aufkäufe durch die Polen sind die Weichselaktien schon beträchtlich gestiegen. Deutsche Banken, große Industrieunternehmungen sowie Reedereien müßten hier eingreifen, um die planmäßige Polonisierung Danzigs aufzuhalten. Die Danziger sind nicht gleichgültige Neutrale für uns, sie sind Blut von unserem Blute, und Fleisch von unserem Fleische. Ein Hilferuf Danzigs darf in Deutschland nicht ohne Widerhall verklingen. Tz.

Der Munitionsdampfer in Danzig.

Danzig, 27. Dezember. (W. T. B.) Dem mit Sprengmunition beladenen Dampfer „Gauja", der vor einigen Tagen auf der Danziger Reede eingetroffen ist, wurde nachträglich die Genehmigung zur Einfahrt in den Hafen erteilt.

Da sich die Hafenarbeiter weigerten die Munition zu löschen, ist der Dampfer auf Anordnung des Hafenausschusses, der die Verantwortung für die Gefährdung der Schiffahrt durch den unentladenen Munitionsdampfer nicht übernehmen konnte, am Sonnabend wieder auf die Reede hinausgeschleppt worden. Daraufhin haben die Hafenarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.

Trostlose Lage der holländischen Industrie.

Amsterdam, 26. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die Mehrzahl der Fabrikantenverbände der holländischen Industrie aller Gewerbe hat ein Telegramm an den Handelsminister gerichtet und diesen um dringende Maßnahmen gegen die Einfuhr von Waren aus Ländern mit ungünstiger Valuta ersucht. Die Verbände bezeichnen die Lage der holländischen Industrie als trostlos.

Der Kampf um Briand.

Sanierung der Banque de Chine.

Paris, 27. Dezember. (W. T. B.)

In der heutigen Kammersitzung ergriff Ministerpräsident Briand das Wort, um die Interpellation bezüglich der Sanierung der Banque industrielle de Chine zu beantworten. Er beschäftigte sich im einzelnen mit den gegen den früheren Generalsekretär Philippe Berthelot vorgebrachten Beschuldigungen und erklärte, das Telegramm, das Berthelot dem französischen Finanzagenten Cazenave übermittelt habe, sei kein offizielles Telegramm gewesen, jedoch habe Berthelot geglaubt, er sei im Unrecht und sei deshalb gegangen. Dies sei ein Unglück für das Land, das mit ihm einen erfahrenen Beamten verliere. Die Lage der Banque industrielle de Chine werde jetzt durch den Gesetzentwurf, den er heute eingebracht habe, gerettet. Das hindere nicht, daß, wenn Fehler begangen seien, die Schuldigen bestraft würden. Eine Untersuchung sei im Gange.

Im Laufe der Debatte sprach der Abg. Painlevé zu der Sanierung der Bank und drückte den Wunsch aus, daß in Zukunft die Regierung über alle bedeutenden Bankunternehmungen eine Kontrolle ausüben möge.

Nach dem von Briand erwähnten Gesetzentwurf sollen, wie schon gemeldet, die Jahreszahlungen, die China als Entschädigung für den Boxeraufstand an Frankreich zu leisten hat, im Einverständnis mit der chinesischen Regierung zu Kreditoperaionen verwendet werden, durch die die Sicherstellung der materiellen und moralischen Interessen Frankreichs im Fernen Osten möglich wird.

Nach einer Kontroverse zwischen Ministerpräsident Briand und dem Abgeordneten Taittinger wurde die Debatte geschlossen.

Ministerpräsident Briand nahm die Tagesordnung des Abgeordneten Outrey an, in der gesagt wird, man vertraue darauf, daß die Regierung das Prestige und den Kredit Frankreichs im Fernen Osten nicht vermindern lasse und daß sie alle erforderlichen Maßnahmen hierzu ergreife, auch alle Verantwortlichen in der Angelegenheit der Banque de Chine feststelle, um Strafmaßnahmen gegen die Verantwortlichen zu ergreifen.

Zu dieser Tagesordnung stellte der Abgeordnete Herriot den Zusatzantrag, jedem Parlamentsmitglied und jedem Staatsbeamten zu verbieten, in den Aufsichtsrat von Finanzgesellschaften einzutreten. Den gestellten Antrag, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, lehnte Briand ab.

Die Kammer lehnte mit 390 gegen 213 Stimmen die verlangte Untersuchung ebenfalls ab. Gegen die beantragte einfache Tagesordnung stellte Minister Loucheur namens der Regierung die Vertrauensfrage. Die einfache Tagesordnung wurde mit 373 gegen 153 Stimmen abgelehnt. Hierauf folgte die Abstimmung über die Tagesordnung Outrey und über den Zusatzantrag Herriot, den Briand ebenfalls angenommen hatte.

(Bei Redaktionsschluß lag das Ergebnis der Abstimmung über die Tagesordnung Outrey noch nicht vor. — D. R.)

Das Elend in Rußland.

Hilferuf Nansens.

Während seines letzten kurzen Aufenthalts in Berlin sandte Nansen folgendes Telegramm an sein Zentralbureau in Genf:

Ich bin soeben aus dem Lande des Todes zurückgekehrt, und wenn ich mir nun überlege, was ich alles an unbeschreiblichem menschlichen Elend und Leid mit eigenen Augen gesehen habe, so bleibt es mir unbegreiflich, wie die Menschheit einen derartigen Zustand billigen kann, besonders wenn man an den gegenwärtigen großen Ueberfluß an Lebensmitteln in der übrigen Welt denkt. Sämtliche wohltätigen Organisationen sowie alle edeldenkenden Menschen müssen unbedingt das Aeußerste daran setzen, um Hilfe zu ermöglichen und insbesondere die Regierungen Europas dazu zu bewegen, daß sie Rußland die nötigen Kredite gewähren, und zwar sofort, ehe es zu spät wird. Die Transportverhältnisse verschlimmern sich bereits zusehends, Kälte und Schnee beeinträchtigen stark den Eisenbahntransport.

Noch schlimmer ist jedoch das Absterben der Pferde, da hierdurch das Heranschaffen von Lebensmitteln von der Bahn ab sich immer schwieriger gestalten muß. Ich habe deswegen eine Menge Hafer kaufen müssen, um wenigstens die unentbehrliche Anzahl Pferde zu retten. Alle Transportmöglichkeiten müßten ausgenutzt werden, solange die Möglichkeit noch besteht. Es sterben täglich Hunderte und Tausende von Menschen. Im Hungerdistrikt haben die Einwohner weder Vorräte noch Heizmaterial. Sie liegen entkräftet in den ungeheizten Häusern. In den Dörfern trifft man überall Leichen von Einwohnern, die auf der Straße gestorben sind. Viele Dörfer haben bereits zwei Drittel der Einwohner eingebüßt. Die Bahnhöfe sind dicht besetzt mit Flüchtlingen, die jeden einfahrenden Zug bestürmen, ohne ein bestimmtes Ziel im Auge zu haben, sondern nur mit dem Gedanken, dem unvermeidlichen Untergang zu entgehen. Sogar wenn sie den Zug erreichen, befinden sie sich mittellos und von allem entblößt und sterben vielfach unterwegs. Die einzige praktische Hilfe besteht in Getreide, und zwar Roggen. Für 1 Pfund Sterling kann man genug Roggen kaufen, um in Rußland einen Menschen während sieben Monaten am Leben zu erhalten. Mit anderen Worten, die Spende von einem Pfund Sterling genügt, um einem Menschen das Leben zu retten. Saatgetreide für nächstes Frühjahr ist unbedingt nötig, um eine noch schlimmere Katastrophe im nächsten Winter zu verhüten. Ich höre jetzt, daß ansteckende Krankheiten ebenfalls wieder auftreten. Eine allgemeine Aktion in größtem Maßstab muß jetzt sofort unternommen werden. Es besteht die Möglichkeit, noch Millionen Menschen das Leben zu retten, aber dafür muß die noch vorhandene Frist voll und ganz ausgenutzt werden.

*

tö. **Königsberg,** 26. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Wie „Iswestija" meldet, kamen bisher in Kasan 36 Waggons mit Lebensmitteln aus Deutschland an. Das deutsche Rote Kreuz hat einen großen Teil aus seinen Mitteln gespendet.

Wie „Prawda" berichtet, begibt sich in einigen Tagen eine aus acht bis zehn Personen beiderlei Geschlechts bestehende Delegation der Wolga-Deutschen auf Kosten der Sowjetregierung über Berlin—Hamburg nach Amerika und Kanada, um dort Hilfe für die hungernden Volksgenossen, insbesondere bei der deutschen Bevölkerung, zu suchen.

9. Allrussischer Rätekongreß.

Moskau, 27. Dezember. (O. E.)

Im Namen des Allrussischen Zentralexekutivkomitees eröffnete Kalinin den 9. Allrussischen Rätekongreß.

Nach den Begrüßungsansprachen der Vertreter der föderierten Sowjetrepubliken erstattete Lenin einen zweistündigen Bericht über die äußere und innere Lage der Russischen Sowjetrepublik. Obwohl der Weltkapitalismus, erklärte Lenin, sich zu zersetzen beginne, hätten die werktätigen Massen des kapitalistischen Westens noch nicht den Weg der Revolution beschritten. (!) Rußland befinde sich zurzeit im Zustande eines labilen Gleichgewichts und müsse auf neue Ueberfälle gefaßt sein. Die Sowjetregierung habe die Randstaaten anerkannt, verwahre sich aber gegen eine Verhöhnung, wie sie letzthin von seiten Finnlands zutage getreten sei. Ohne Beziehungen zum Auslande könne Sowjetrußland nicht bestehen; es müsse bei den zum Wiederaufbau herangezogenen Kapitalisten zu wirtschaften lernen. Zum Schluß forderte Lenin zur Solidarität mit den Bauernmassen auf, was einzig den endgültigen Sieg der revolutionären Errungenschaften verbürge.

Darauf billigte der Kongreß einstimmig die äußere und innere Politik der Sowjetregierung. Alsdann berichtete Kalinin über die bisherigen Ergebnisse der Hungerhilfe. Aus staatlichen Mitteln hätten bisher nur 10 Prozent der erwachsenen Bevölkerung und 17 Prozent der Kinder der Hungergebiete dürftig verpflegt werden können, daher wäre der Staat genötigt gewesen, sich um Unterstützung an die Bevölkerung zu wenden. Kalinin sprach die Gewißheit aus, daß sein Appell auch bei dem ausländischen Proletariat lebhaften Widerhall finden werde.

Es folgten Berichte des Volkskommissars für Landwirtschaft Ossinski, für Gesundheitswesen Ssemaschko u. a. In der Abendsitzung berichtete Kamenew an der Hand umfangreichen statistischen Materials über die neue Wirtschaftspolitik und der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrates Bogdanow über die Lage der russischen Industrie.

*

Zum Allrussischen Rätekongreß sind die folgenden „befreundeten und brüderlichen Republiken Sowjetrußlands" eingeladen worden: Aserbejdschan, Armenien, Weißrußland, Buchara, Georgien, Chorasm, Ukraine und Ferner Osten (Tschita).

Von Interesse ist der Appell Lenins an die Solidarität der Bauernmassen. Diese haben nicht die Rolle in der russischen Revolution übernommen, die ihnen Lenin in seinem Programm zugedacht hatte. Während die Leitung der ganzen Bewegung in der Hand der Sowjets liegt, sollten die Kommunisten die Vorhut, das Industrieproletariat der Städte mit den Bauern den Vortrupp und die Masse des Proletariats das Gros der revolutionären Bewegung bilden. Dieser Eingliederung haben sich die Bauern bisher nicht gefügt. Man glaubte sie durch die Aufhebung des Großgrundbesitzes zu ködern. Es ist wohl eine Art Nivellierung des Bauernbesitzes eingetreten, indem sich sogenannte Mittelbauernbesitze nach der Vertreibung der Großgrundbesitzer bildeten. Die Bauern gingen jedoch mehr und mehr zur Eigen- und Hauswirtschaft über und zeigten keine Anteilnahme an der Verpflegungsnot der Städte. Vielfach — so besonders in Sibirien — erschlugen sie die zu ihnen gesandten Sowjetkommissare, deren Zwangsrequisitionen sie befürchteten. So steht noch jetzt die Masse der russischen Bauern dem Sowjetsystem durchaus feindlich gegenüber, was dessen restlose Durchführung unmöglich macht. —l.

Wahlen in Rußland.

tö. **Königsberg,** 27. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die letzten Wahlen zu den Provinzial- und Kreissowjets in Zentralrußland endeten für die kommunistische Partei mit einer Niederlage. In der Provinz Woronesch haben die Kommunisten 23 % und die Parteilosen 67 %, in Twer die Kommunisten 29 und die Parteilosen 52 % Stimmen erhalten. Hier wurden in den Exekutivausschuß gewählt: 13 Parteilose, 7 Kommunisten, 2 Sozialrevolutionäre und 1 Menschewik. Unter den Parteilosen befanden sich Vertreter des früheren Großgrundbesitzes, des Beamtentums, der Intelligenz und auch zwei Mitglieder des zaristischen Parlaments.

Russische Protestnote an Estland.

Reval, 27. Dezember. (O. E.) Der Beschluß der Revaler Konferenz der baltischen Staaten, Finnlands diplomatische Aktion in der karelischen Frage beim Völkerbund zu unterstützen, hat in Moskau stärkste Verstimmung hervorgerufen. Tschitscherin hat bereits der estländischen Regierung eine Protestnote gegen die Unterstützung der finnländischen Eingabe übersandt.

Die sowjetamtlichen Moskauer „Iswestija" bezeichnen die Verhandlungen über Karelien auf der Revaler Konferenz als „unerhörte Einmischung" in eine innerrussische Angelegenheit und als eine feindselige Herausforderung Sowjetrußlands.

Unaufgeklärte Schiffsunfälle vor Kronstadt.

Reval, 27. Dezember. (O. E.) Der deutsche Dampfer „Capella" ist im Finnischen Meerbusen gestrandet und 33 km von Kronstadt ausgeplündert aufgefunden worden. Kurz vorher war der estländische Dampfer „Saaremaa" von dem ihn begleitenden russischen Eisbrecher in den Grund gebohrt worden. Zurzeit wird noch ein dritter aus Kronstadt fälliger Dampfer vermißt. Verschiedene nach Petersburg bestimmte ausländische Schiffe haben infolgedessen den Befehl erhalten, Reval anzulaufen und hier eine Aufklärung der Zwischenfälle abzuwarten.

Zum Rücktritt Philippe Berthelots.

Paris, 27. Dezember. Havas meldet: Briand beabsichtigt, den Posten eines Generalsekretärs im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten abzuschaffen. Die Funktionen des zurückgetretenen Generalsekretärs Berthelot sollen auf den Direktor im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten Peretti della Rocca übergehen.

Ministerrat in Paris.

Paris, 27. Dezember. (W. T. B.) Die Minister traten heute vormittag im Elysée zu einem Ministerrat unter Vorsitz Millerands zusammen. Die Sitzung war der Erledigung laufender Angelegenheiten gewidmet.

Calonders Reise nach Oberschlesien.

Genf, 27. Dezember. (W. T. B.) Der Präsident der deutsch-polnischen Konferenz Calonder wird auf der Reise nach Oberschlesien von mehreren Mitgliedern des Völkerbundssekretariats begleitet sein, darunter dem Holländer Dr. van Hamel, Direktor der juristischen Abteilung, und dem Schweizer Dr. Wellmann, Privatdozent an der Genfer Universität, der als persönlicher Sekretär Calonders tätig sein wird. Dem Völkerbund nicht angehörende Personen oder besondere Sachverständige sind als Begleiter nicht vorgesehen. Im ganzen dürften etwa sechs Begleiter nach Oberschlesien mitreisen.

*

Unter den Persönlichkeiten, welche den Vorsitzenden der deutsch-polnischen Wirtschaftskommission, Calonder, in den ersten Tagen des Januar nach Oberschlesien begleiten sollen, ist der früher als Sachverständiger genannte Tscheche Hodacz nicht genannt worden. Wie aus Prag gemeldet wird, erklärt sich dies daraus, daß Hodacz aus Gesundheitsrücksichten gebeten hat, von seiner Berufung als Sachverständiger Abstand zu nehmen.

Das Reparationsproblem.

Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern nachmittag erneut mit dem Reparationsproblem, wobei der Standpunkt der einzelnen Ressorts zur Erörterung kam. Ueber den augenblicklichen Stand dieser Frage bewahren die verantwortlichen Stellen strengstes Stillschweigen.

Belgiens Vertreter in Cannes.

Brüssel, 27. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Als Vertreter Belgiens werden auf der Konferenz in Cannes die Minister Theunis und Jaspar vertreten sein.

Die Besprechungen mit den Eisenbahnern.

Wie wir erfahren, haben die gestern im Reichsverkehrsministerium fortgesetzten Besprechungen mit den Vertretern des Deutschen Eisenbahnerverbandes, der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes noch zu keiner Verständigung geführt. Sie sollen heute fortgesetzt werden.

Amerikas Standpunkt in der U-Bootfrage.

New York, 27. Dezember. (W. T. B. — Funkspruch.) „New York Times" meldet aus Washington, es verlaute aus guter Quelle, daß die amerikanische Delegation hinsichtlich der U-Boot-Tonnage auf einer Höchstziffer von 60 000 Tonnen für die Vereinigten Staaten und England, von 36 000 Tonnen für Japan und von 35 000 Tonnen für Frankreich und Italien beharre.

Amerikanische Weihnachtsbescherungen.

Coblenz, 27. Dezember. (Mtb.) Am Sonntag nachmittag fanden die bereits angekündigten Weihnachtsbescherungen der amerikanischen Besatzungstruppen für die deutschen Kinder statt. Es wurden beschenkt: in Coblenz 1400, in Mayen 500, in Andernach 750, in Neuwied 500, in Coblenz-Lütz 1800, in Metternich 300 und in Ehrenbreitstein 500 Kinder.

Zusammenstöße an der dalmatinischen Küste

Wien, 27. Dezember. (W. T. B.) Wie dem Wiener Telegr.-Korr.-Büro aus Sebenico gemeldet wird, kam es am ersten Weihnachtsfeiertag zu Zusammenstößen zwischen Matrosen eines dort eingetroffenen italienischen Kriegsschiffes und südslawischen Einwohnern der Stadt. Die Italiener gaben Schüsse ab, durch die zwei Personen verletzt wurden. Vor Sebenico hat ein zweites italienisches Kriegsschiff Anker geworfen.

Oesterreichs innen- und außenpolitische Lage.

Eine Unterredung mit Dr. Schober.

Wien, 27. Dezember. (T. U.)

Der Wiener Vertreter der „Innsbrucker Nachrichten" hatte eine Unterredung mit dem Bundeskanzler Dr. Schober über die inner- und außenpolitische Lage Oesterreichs.

Dr. Schober bemerkte u. a., die Tätigkeit der Regierung auf innerpolitischem Gebiet habe das Ziel, durch Selbsthilfe den Wiederaufbau nicht nur vorzubereiten, sondern auch durchzuführen. Als ihre nächste Aufgabe betrachte die Regierung, die Einnahmen und Ausgaben in ein natürliches Verhältnis zu bringen, wenn auch eine völlige Balancierung des Etats im gegenwärtigen Augenblick noch nicht erreicht werden könne. Die Regierung habe die Hoffnung auf die Gewährung von Krediten noch nicht begraben. Die Verzögerung der Kreditaktion habe vielfach dazu beigetragen, daß die Krone einen so rapiden Sturz machte. Er persönlich sei der Auffassung, daß man Oesterreich, das so ungeheure Anstrengungen der Selbsthilfe mache, in kurzer Frist und mit den entsprechenden Mitteln beispringen werde.

Bezüglich der außenpolitischen Lage beschränkte sich der Bundeskanzler auf einige Aeußerungen zu der westungarischen Frage und zu dem Verhältnis zur Tschechoslowakei. Er hoffe, daß die ungarische Frage durch den Protest, den die österreichische Regierung über die Unregelmäßigkeiten und Mißbräuche bei der Vorbereitung und Durchführung des Plebiszits an die Botschafterkonferenz und die Mächte gerichtet habe, doch noch eine Lösung finden werde, die dem Rechtsstandpunkt Oesterreichs Gerechtigkeit widerfahren ließe. Als Ergebnis seiner Prager Reise stellte Dr. Schober fest, daß insofern ein Fortschritt in den Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Oesterreich zu verzeichnen sei, als ein Schiedsgerichtsvertrag entstanden sei, der in dem bisherigen Vertrage zwischen den beiden Staaten nicht vorgesehen war. Die wirtschaftlichen Verträge, die im Interesse beider Vertragschließenden abgeschlossen worden seien, kämen doch Oesterreich insofern besonders zugute, als in ihnen die seit Jahr und Tag gepredigte Idee der Annäherung zwischen den Nachfolgestaaten zum ersten Male praktisch zur Durchführung gelangt sei.

Dr. Schober gab dann noch der Hoffnung Ausdruck, daß das Jahr 1922 den Aufstieg zur endgültigen wirtschaftlichen Konsolidierung Oesterreichs bringen werde.

Zum Schicksal Oedenburgs.

Wien, 27. Dezember. (W. T. B.)

Das Wiener Telegr. Korr.-Bureau meldet:

Ein Beschluß der Botschafterkonferenz über Oedenburg ist hier noch nicht amtlich übermittelt worden. (Vergl. die Meldung im gestrigen Abendblatt: Das Schicksal des Burgenlandes. — D. R.)

Bekanntlich hat Oesterreich bei der Botschafterkonferenz und bei den Mächten Schritte gegen die Art und Weise der Durchführung der Volksabstimmung in Oedenburg unternommen und in einem Memorandum, das ebenfalls der Botschafterkonferenz und den Mächten übermittelt wurde, seinen Rechtsstandpunkt und seine Beschwerden neuerlich wiederholt. Sollte die Meldung des ungarischen Telegr.-Korr.-Bureaus zutreffen, so müßte schon jetzt das Bedauern ausgedrückt werden, daß die Mächte, welche gegenwärtig die entscheidende Instanz der Weltpolitik darstellen, die von Oesterreich in der westungarischen Frage immer bewiesene Loyalität nicht gewürdigt und den Beschwerden über das sogenannte Plebiszit nicht Rechnung getragen haben.

Kredite für Oesterreich.

Verpfändung der kaiserlichen Gobelins.

Kbg. **Wien,** 27. Dezember.

Der Generalberater des österreichischen Finanzministers, Dr. Rosenberg, ist aus London zurückgekehrt, wo er wegen Flüssigmachung von Krediten für Oesterreich mit englischen Regierungskreisen verhandelte. Das Ergebnis dieser Beratung ist die Zusicherung, daß Oesterreich gestattet werden wird, die ehemals im kaiserlichen Besitz befindlichen kostbaren Gobelins, deren Wert auf 150 bis 200 Milliarden Kronen geschätzt wird, zu verpfänden, um die Ernährung Oesterreichs für einige Zeit sicherzustellen. Die englische Regierung wird auf Amerika einwirken, daß es dieser vorläufigen Kreditbeschaffung durch Verzicht auf das Generalpfandrecht auf die österreichischen Aktiven zustimmt.

Falls die Verpfändung der Gobelins, wie es vor etwa Jahresfrist der Fall gewesen ist, wieder am Widerstand der öffentlichen Meinung Oesterreichs scheitern sollte, werden andere Kunstgegenstände verpfändet. Ferner schweben Kreditverhandlungen mit einem englischen Bankkonsortium unter Führung des Mr. Armstrong von der Firma Armstrong and Whitehead über einen Betrag von 3 Millionen Pfund Sterling. In Wiener politischen Kreisen herrscht die Meinung vor, daß eine ausländische Kredithilfe für Oesterreich erst nach Klärung des deutschen Reparationsproblems erreichbar sein wird.

Zur Lage in Aegypten.

Ausdehnung des Aufruhrs.

P. **London,** 27. Dezember.

Die Aufruhrbewegung in Aegypten hat sich weiter ausgedehnt. Das Kabinett Adly Pascha hat aufs neue den Sultan um seine Entlassung gebeten, die auch angenommen wurde. Der Rücktritt der Regierung ist als Protest gegen das Vorgehen der englischen Behörden aufzufassen.

In Kairo sind in den beiden Feiertagen im Eingeborenenviertel durch Maschinengewehre 29 Eingeborene getötet und 76 verwundet worden. Jeglicher Verkehr ruht. Post, Schulen und Banken sind geschlossen. Die Läden wurden nur vorübergehend zum Lebensmittelverkauf geöffnet. Verschiedene Häuser, die englische Einquartierung hatten, wurden durch Feuer vernichtet. Heute traf ein Regiment englischer Infanterie ein, weitere Schiffe für Truppentransporte werden in Malta bereit gehalten. Die Soldaten haben den Auftrag, die Mobilisation ägyptischer Freiwilliger zu verhindern.

In ganz Aegypten haben die Beamten und das Personal der Regierungsdepartements die Bureaus verlassen. Die Nonko-Operationsbewegung greift immer mehr um sich. Der Boykott der englischen Waren hat bereits begonnen. Den Nil entlang greift die Aufstandsbewegung in südlicher Richtung um sich. Auch in Alexandrien, wo bereits 400 Verhaftungen vorgenommen wurden, ist die Aufstandsbewegung im Wachsen.

Unter den Toten befindet sich auch der österreichische Erzherzog Johann Orth, der vor einigen Jahren aus der Schweiz nach Aegypten übergesiedelt ist.

Im Gegensatz hierzu meldet Reuter:

Alexandria, 27. Dezember. Der Generalstreik ist mißlungen. Alle Behörden arbeiten wie gewöhnlich, mit Ausnahme des Ueberwachungsdepartements. Einige unbedeutende Demonstrationen wurden von der Polizei unterdrückt.

Das Auswärtige Amt in London veröffentlicht eine Mitteilung mit einer Liste der Opfer der Unruhen in Kairo. Engländer befinden sich nicht unter den Opfern. Die Ruhe in Kairo ist noch nicht völlig wiederhergestellt. Oberägypten ist ruhig.

Scheinblüte.

Unentwegt betreibt Tag für Tag die „Times" die Hetze gegen Deutschland. Bald muß ihr dieser, bald jener Vorwand herhalten, um dem verhaßten Gegner eins auszuwischen. Ginge alles nach ihrem Willen, so würde Deutschland aus der Not, in der es sich befindet, nie wieder herauskommen. Irgendwelche Skrupel bei der Auswahl seiner Mittel sind dem Blatt in diesem Feldzuge völlig fremd. So hat ihm jüngst wieder die angebliche „Blüte der deutschen Industrie" Anlaß zu einem giftigen Artikel gegeben, der unter der Ueberschrift „Die Wiederherstellung und die Verbündeten" die schärfsten Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland fordert.

Anknüpfend an die Behauptung Poincarés, daß es nicht die verhältnismäßig kleinen Wiederherstellungsleistungen seien, welche die deutsche Finanzwirtschaft in ihre üble Lage gebracht haben, sagt das Blatt u. a., die Armut, mit der Deutschland Geschäfte zu machen suche, sei zum größten Teil durch die Maßnahmen der Regierung selbst verschuldet, durch verschwenderische Ausgaben und verschwenderische Unterstützung aller Arten von Unternehmungen des Handels und der Industrie, ebenso auch durch das Entgegenkommen beim Verstecken deutschen Kapitals in fremden Ländern. Und während die Regierung selbst sich in Armut hülle, machten deutsche Finanzleute und Industrielle aller Art gewaltige Gewinne. Die Zahl, das Kapital und die Dividenden deutscher Aktiengesellschaften nähmen ständig zu, und es gäbe in Deutschland kaum eine Arbeitslosigkeit.

Es ist also das alte, allerdings in einem gewissen Teil der deutschen Presse immer wieder auftauchende Märchen von Deutschlands industrieller Blüte, mit dem die „Times" für ihre Zwecke Eindruck zu machen versucht. Jedermann in Deutschland aber wie auch im Ausland, der wirtschaftliche Dinge zu beurteilen versteht, weiß ganz genau, daß es sich bei jenen von der „Times" hervorgehobenen Erscheinungen um die Symptome schwerster Erkrankungen unseres Wirtschaftskörpers und nicht um Zeichen seiner Gesundheit und seines Wohlergehens handelt. Gewiß haben zahlreiche deutsche Aktiengesellschaften ihre Grundkapitalien im Laufe der letzten Jahre stark erhöht. Aber doch gewiß nicht deshalb, weil sie inmitten aufblühenden Wirtschaftslebens, wachsenden Güterbedarfs und wachsender Kaufkraft sich auszudehnen bestrebt waren, sondern einfach aus der zwingenden Notwendigkeit heraus, sich in ihrer Finanzwirtschaft der Tatsache anzupassen, daß Deutschland von der Goldwährung zur Papierwährung übergegangen ist. Dazu aber ist es in erster Linie durch den wahnwitzigen Friedensvertrag von Versailles gezwungen worden. Er hat Deutschland nicht nur wichtiger wirtschaftlicher Hilfsmittel, wie seiner Auslandsguthaben, seiner Handelsflotte, großer Rohstoffgebiete und damit der Möglichkeit beraubt, sich Goldwerte zu beschaffen, sondern er hat es auch zu riesigen Sachlieferungen gezwungen, die im Inland mit Papier zu bezahlen waren. Kein Wunder also, daß sich eine Papierflut über das Land ergoß, das gleichzeitig infolge des Krieges unter stärkster Knappheit an Lebensmitteln und allen möglichen anderen Waren litt. Kein Wunder auch, daß infolgedessen bei stark steigender Teuerung die Kaufkraft der neuen Papiermark immer tiefer sank. Und je mehr sie zurückging, je weniger man dafür erwerben konnte, um so stärker wurden auf der anderen Seite die Forderungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter nach immer neuen Gehalts- und Lohnerhöhungen und um so größer wieder im ehernen circulus vitiosus die Papierflut. Die Industrie aber, die in ihren Bilanzen noch die alte Goldmark hatte, mußte, um sofortigen völligen Zusammenbruch zu vermeiden, das Mißverhältnis im Werte beider durch entsprechende Vermehrung der Papiermark wenigstens einigermaßen ausgleichen, mußte das um so mehr tun, als sie andernfalls ihre Rohstoffe, selbst in wesentlich verringertem Umfang, nicht mehr hätte beschaffen, die Löhne und Gehälter nicht mehr hätte zahlen können. So kam es zu den Kapitalerhöhungen. Daß die keinen Vermögenszuwachs, also kein Aufblühen der Industrie darstellen, ergibt sich schon daraus, daß sie keine entsprechende Erhöhung der Erzeugung nach sich gezogen haben.

Ebenso wenig sprechen für eine gesunde Entwicklung unseres Wirtschaftslebens die von der „Times" hervorgehobenen, angeblich so großen Gewinne. Auch sie sind natürlich nur in Papiermark ausgedrückt. Und wenn die „Times" sich die Mühe nehmen wollte, die Dividenden unserer Industrie- und Handelsgesellschaften in englische Währung umzurechnen, so würde sie von den Ergebnissen sicherlich enttäuscht sein. Entsprechen doch die Dividenden von 20 bis 30 %, wie man sie bei deutschen Gesellschaften mitunter ausschüttet, einer Verzinsung von etwa 2—3, wenn es hochkommt 4 % des Friedenswertes. Vergleicht man ferner den Kurswert der gegenwärtigen Kapitalien unserer Aktiengesellschaften mit dem Kurswert der Aktienkapitalien vor dem Krieg, so ergibt sich unter Berücksichtigung der Geldentwertung allen Kapitalserhöhungen und allen das Auge blendenden Kurssteigerungen zum Trotz eine gewaltige Verminderung des Gesamtwerts, also eine entsprechende Vermögensverringerung der Aktienbesitze. Diese Entwicklung kann wohl gerade von Ausländern, die noch mit Goldgeld rechnen, am besten beurteilt werden. Um sich das an einem Beispiel klarzumachen, braucht man nur darauf zu verweisen, daß die Aktien des Phönix zu Ende Mai dieses Jahres mit rund 700 % notiert wurden. Der Dollar wurde damals mit rund 62 Mk. bezahlt. Stellte also eine Phönixaktie zu 700 % gerechnet einen Wert von 7000 Mk. dar, so konnte sie für rund 111 Dollar erworben werden. Zurzeit bewegt sich der Kurs der Phönixaktien um etwa 900 %, während gleichzeitig der Dollar mit etwa 170 Mk. bezahlt wird. Der Dollarmann aber, der im Mai die Phönixaktie bei einem Kurs von 700 % für 111 Dollar kaufen konnte und sie heute zu 900 % wieder verkauft, bekommt dafür 9000 Mk. oder rund 52 Dollar. Er hat also mehr als die Hälfte seiner im Mai getätigten Kapitalsanlage trotz Steigerung des Aktienkurses verloren. Hätte er schon im ver-